

DIE UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR • GEGRÜNDET 1870

Ziel frühzeitig erreicht

Tobias Zihn

Wladimir Putin hat ein wichtiges politisches und wirtschaftliches Ziel erreicht: Ab 1. Juli wird der russische Rubel voll konvertibel sein. Bereits im Mai 2003 stellte der russische Präsident der Staatsduma die Aufgabe, auf die Freigabe des Rubels zu Beginn des Jahres 2007 hinzuwirken. Jetzt ist es ein halbes Jahr früher so weit: „Bislang ist der Rubel nur bei Transaktionen im Handel oder Tourismus frei konvertibel. In Ländern, die direkt an Russland grenzen, wie Finnland, die GUS-Staaten oder China, werden Rubel schon jetzt entgegengenommen, weil die Währung schnell auf dem russischen Markt umgetauscht werden kann“, sagt Kyrill Tremasow von der Moskauer Bank. Der Experte, der bei dem Moskauer Finanzinstitut unter anderem für Marktanalysen zuständig ist, hält die freie Konvertibilität des Rubels, die uneingeschränkte Umtauschbarkeit der russischen Währung auf allen Weltmärkten, für eine wichtige Voraussetzung, den russischen Wirtschaftsmarkt zu stabilisieren und konkurrenzfähig zu machen. „Russland ist ein riesiges Land, unser Markt boomt, Investoren warten darauf, dass unser Zahlungsmittel überall und problemlos um- und eingetauscht werden kann“, sagt der Finanzexperte. Ab 1. Juli sind auch bei Kapitalbewegungen wie Investitionen, bei Beteiligungen an ausländischen Projekten oder beim Kauf von Immobilien durch Ausländer in Russland keine Genehmigungen der russischen Zentralbank nötig, um an russische Devisen bereits im Ausland heranzukommen. „Die Freigabe des Rubels ist sehr wichtig für unsere Marktökonomie. Russland kann ohne konvertible Währung nicht den Platz in der Weltwirtschaft einnehmen, der dem Land gebührt“, ist sich Tremasow sicher. Dass der Rubel frei ein- und umtauschbar werden musste, ist bei russischen Ökonomen und Finanzexperten unumstritten. „2005 stieg das russische Bruttoinlandsprodukt real um 7,3 Prozent auf 13,3 Billionen Rubel (rund 433 Milliarden US-Dollar) an. Wir haben ein Außenhandelsüberschuss von 60,5 Milliarden US-Dollar. All dies sind Eckdaten einer gesunden, wachsenden Wirtschaft“, so Tremasow. „Ich bin fest davon überzeugt, dass der 1. Juli ein zusätzlicher Impuls sein wird, der unsere Wirtschaft weiterwachsen lassen wird.“ Das russische Wachstum gründet sich in erster Linie jedoch auf den Exportüberschuss auf Grund der konstant hohen Weltmarktpreise für Erdöl und Erdgas und auf die Ausdifferenzierung des russischen Binnenmarktes.

Fortsetzung auf Seite 4



„Nato - njet!“ Ukrainer demonstrieren gegen die Ankunft von rund 200 US-Soldaten auf der Halbinsel Krim. Diese wollten ein gemeinsames Manöver mit den ukrainischen Streitkräften vorbereiten. Das Regionalparlament erklärte die Krim zur Nato-freien Zone. Die Proteste waren so entschieden, dass die Soldaten abziehen mussten. Siehe Seiten 1 und 3.

Stichworte

„Ich möchte bekräftigen, dass die umfassenden Wandlungen in den 90er Jahren in Russland ohne Pressefreiheit unmöglich gewesen wären.“

Wladimir Putin bei der Eröffnung des 59. Weltkongresses der Zeitungsverleger in Moskau.

„Russland muss sich aus der Versklavung durch den Westen befreien.“

Michail Deljagin, wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Globalisierungsprobleme, in der „Nowyje Iswestija“.

„Mit der Behauptung, dass dies gegen Menschenrechte verstößt, wird die Staatsführung bewusst erpresst und gegen sie agitiert. Heute haben wir es ausschließlich mit einem straf- und schiedsgerichtlichen Fall zu tun.“

Der neue Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka zum Jukos-Fall anno 2004 gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti.

„Wladimir Putin wird ganz einfach mit der Zufriedenheit, dass in Russland Demokratie herrscht, seine Amtszeit als Präsident beenden.“

Wladimir Schirinowskij, der Parteiführer der LDPR und stellvertretender Dumasprecher, zu den Präsidentschaftswahlen 2008 in der Tageszeitung „Kommersant“.

Angstmacher auf Stimmenfang

Vertreter der Nato und des russischen Außenministeriums zogen Mitte Mai von Wladiwostok bis nach Kaliningrad, um den Bürgern mit Vorträgen und Diskussionen verständlich zu machen, dass Ost und West nicht mehr gegeneinander, sondern miteinander kämpfen. Auf ihren Stationen wurden sie von alten Kommunisten und jungen National-Bolschewisten mit brennenden Sternbannern und Baseballschlägern empfangen. Der Kalte Krieg ging 1990 zu Ende, in den Köpfen der Menschen, so zeigt auch eine neue Umfrage, lebt er weiter, obwohl Russland und die Nato heute in vielen sicherheitspolitischen Feldern eng zusammenarbeiten. Ändern lässt sich dies schwer: Zu gut eignet sich die Angst vor der westlichen Expansion zum politischen Stimmenfang.

Christian Weisflog

Bereits zu Beginn ihrer Reise im Fernen Osten Russlands trafen die Nato-Botschafter laut Zeitungsberichten auf Anfeindungen: In Wladiwostok mussten sie den Hintereingang benutzen, um ins Universitätsgebäude zu gelangen. Vor dem Haupteingang verbrannten demonstrierende Kommunisten eine US-Flagge. In Nowosibirsk warteten die Demonstranten mit Baseballschlä-

gern in den Händen. „Die Nato ist schlimmer als Aids“, lautete die Parole der National-Bolschewisten in Samara, „die Nato sät Tod im Kosovo, im Irak und in Afghanistan“, rief eine Stimme aus den hinteren Hörsaalreihen. Als „faschistisch“ und als „Marionettenunion“ bezeichneten Hochschulabsolventen in Wolgograd das westliche Verteidigungsbündnis.

„Mit solchen Reaktionen habe ich nicht gerechnet“, gibt der Politologe

Dmitrij Polikanow vom Allrussischen Zentrum für das Studium der öffentlichen Meinung „WZIOM“ zu. Polikanow führte im Auftrag der Nato eine Meinungsumfrage zum Image des Verteidigungsbündnisses in der russischen Öffentlichkeit durch, deren Resultate er im Rahmen der „Informations-Rallye“ präsentierte. Die Medienberichte seien stark übertrieben gewesen, es habe nie mehr als 50 bis 100 Demonstranten gegeben, betont Polikanow. Grund zur Freude hat der Wissenschaftler trotzdem: „Die Ereignisse bestätigen die Ergebnisse unserer Studie zu hundert Prozent.“

Laut der Umfrage ist die russische Bevölkerung über die Nato und ihre Arbeit kaum informiert. In den Medien erscheint das Verteidigungsbündnis praktisch nicht und wenn überhaupt nur in negativer Hinsicht, insbesondere die stete Erweiterung nach Osten wird abgelehnt. Die Meinung, die von den Eltern auch auf die jüngere Generation übertragen werde, sei deshalb immer

noch durch die Sowjetpropaganda geprägt. Jeder dritte Russe sieht in der Nato eine aggressive Militäralianz, die gegenüber Moskau feindlich eingestellt ist. „Sie wollen erobern und unterjochen“, sagt ein Befragter. Besonders Leute mit höherer Schulbildung und aus Großstädten erkennen in der Nato ein von den USA kontrolliertes Instrument, um ihre Interessen durchzusetzen.

„Die Nato gilt nicht als direkte Bedrohung, es ist mehr die Angst vor einer zunehmenden westlichen Expansion und einer US-Außenpolitik, die als unberechenbar und aggressiv wahrgenommen wird“, erklärt Polikanow. Selbst die politische Elite, die eigentlich über die Kooperation zwischen Russland und der Nato informiert ist, verfällt immer wieder in antiwestliche Rhetorik. Dies geschehe unbewusst: „Sie brauchen einen Feind, um ihre eigene Identität zu definieren“, argumentiert Polikanow.

Fortsetzung auf Seite 8

Seite 10

Ausgezeichnet: Warum der Fall von Michail Chodorkowskij für dessen Anwalt Jurij Schmidt zum persönlichen Kampf um Gerechtigkeit geworden ist.



Seite 12



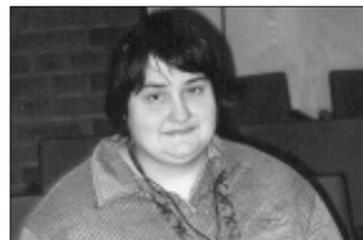
Ausprobiert: Studenten aus Rostow berichten über Bettler und berechnende Bräute.

Seite 16

Ausgespielt: Wie ein Fußballspiel zwischen deutschen Soldaten und ukrainischen Arbeitern 1942 zur Legende über Heldenmut in der UdSSR wurde.



Seite 19



Ausgewichen: Warum für eine Deutsche die Stammzellenkur in Russland lebensrettend ist.



Die nächste Ausgabe erscheint am 5. Juli

www.mdz-moskau.de

MDZ-Infodienst

Sytschows Peiniger vor Gericht

Mitte Juni hat in Tscheljabinsk der Prozess gegen den dienstälteren Soldaten begonnen, der seinen Kameraden Andrej Sytschow am vergangenen Neujahrsabend drei Stunden lang geschlagen haben soll, während sein Opfer in Kauerstellung verharren musste. Aufgrund der dabei erlittenen Verletzungen waren die Ärzte gezwungen, Sytschow beide Beine und die Genitalien zu amputieren. Sytschow liegt derzeit in einer Moskauer Militärklinik und muss vermutlich nochmals operiert werden, weil eine Niere nicht richtig arbeitet. Laut den Untersuchungen der Ärzte liegt die Ursache für die Amputationen in Sytschows Blut, in dem es leicht zu Thrombosenbildungen kommen könne. Die Angehörigen fordern eine unabhängige medizinische Analyse. Wenige Tage vor dem Prozessbeginn erklärten sie zudem, dass Sytschow ein Schweigegeld von 100 000 Dollar angeboten worden sei, wenn er frühere Aussagen über seine Misshandlungen zurücknehme.

Auch angehende Väter müssen zur Armee

Die Staatsduma verabschiedete Mitte Juni in dritter Lesung das Gesetzespaket zur Armeeform. Damit werden neun von 25 Gründen für eine Befreiung von der Dienstpflicht hinfällig. Neu müssen unter anderem auch Dorflehrer und -ärzte sowie Männer mit einer schwangeren Frau oder einem Baby ihren Wehrdienst leisten. Schwangere Ehefrauen von Soldaten sollen pro Monat 4 000 Rubel, und wenn das Kind zur Welt gekommen ist, 6 000 Rubel vom Staat erhalten. Es wird damit gerechnet, dass auch die restlichen 16 Gründe zur legalen Dienstverweigerung in naher Zukunft abgeschafft werden. Die Armee verspricht sich davon über 800 000 zusätzliche Rekruten. Dafür soll die Dienstzeit bis zum Januar 2008 schrittweise von 24 auf 12 Monate verkürzt werden.

Maschadow

Nachfolger getötet

Der Nachfolger des im Frühjahr 2005 ermordeten tschetschenischen Präsidenten Aslan Maschadow, Abdul-Chalim Sajdulajew, erlitt Mitte Juni dasselbe Schicksal wie seinen Vorgänger. Polizisten erschossen das formale Oberhaupt der tschetschenischen Widerstandsbewegung in der Stadt Argun. Ein drogenabhängiges Mitglied der Rebellen, das bereit gewesen sei, seinen Anführer für 1 500 Rubel zu verraten, um sich eine Dosis Heroin zu beschaffen, habe den Behörden den Tipp gegeben. Dies ist jedoch eine wenig glaubwürdige Version, die wohl vor allem der Diskreditierung der Widerstandskämpfer dient. Die Zeitung „Kommersant“ berichtete, dass die Polizei Sajdulajew nur per Zufall aufspürte. Mehrere Begleiter des Rebellenführers konnten entkommen. Der Tod Sajdulajews habe wenig Bedeutung, da er in der Widerstandsbewegung und in der tschetschenischen Bevölkerung praktisch über wenig Einfluss verfügte, erklärte die Journalistin Anna Politkowskaja gegenüber Radio Echo Moskau. Zum neuen Oberhaupt des tschetschenischen Widerstandes wurde der Rebellenkommandeur Doku Umarow ernannt. Es dürfte aber in Wirklichkeit wohl Schamil Bassajew sein, der die Fäden im tschetschenischen Untergrund in der Hand hält.

Die toten Seelen sollen belebt werden

EU bezahlt 20 Millionen Euro für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft im Nordkaukasus

Tschetschenien ist ein rotes Tuch im Dialog zwischen Europa und Russland, Moskau hat den Konflikt zu einer inneren Angelegenheit erklärt. Dennoch ist die EU weiterhin bereit, Hilfe zu leisten: Ende Mai erklärte sich Brüssel bereit, 20 Millionen Euro für den Nordkaukasus bereit zu stellen. Damit soll nicht weniger als ein Grundstein für eine selbstständige Zivilgesellschaft gelegt werden.

Teresa Kraus

„Die Infrastruktur in Tschetschenien wurde zerstört. Wasser, Strom, Gas und Heizung funktionieren fast nirgendwo. Die Menschen behelfen sich mit benzinbetriebenen Stromgeneratoren und holen das Wasser aus bereitgestellten Tanks. Am Straßenrand verkaufen sie selbst hergestelltes Benzin oder wieder verwendbare Ziegelsteine, von denen sie vorher mühevoll Mörtel und Putz abgeklopft haben“, beschreibt Caroline Huinhvan von Caritas France die Lage in Tschetschenien. Offiziell ist der zweite Krieg in der Kaukasusrepublik, der am 7. August 1999 begann, längst Vergangenheit. Die russische Führung hat den Krieg im Frühjahr 2000 für beendet erklärt. Seitdem bezeichnet Moskau die russische Militärpräsenz in der abtrünnigen Kaukasusrepublik als Anti-Terroroperation. Am Leid der Zivilbevölkerung ändert dies wenig: Rund 150 000 Kriegsvertriebene harren bis heute in Inguschetien und im tschetschenischen Hinterland in Flüchtlingslagern und provisorischen Unterkünften wie verfallenen Fabrikhallen, Kolchosen oder Viehställen aus.

Glaubt man der russischen Seite, ergibt sich ein anderes Bild. Nach offiziellen Angaben hat sich die Situation stabilisiert. Seit 2005 reduziert die russische Regierung die militärische Präsenz. Zunehmend setzt man auf die lokalen tschetschenischen Politiker. Nach den tschetschenischen Parlamentswahlen 2005, aus denen die Kreml-Partei „Einiges Russland“ unter Vorsitz des inzwischen zum Premierminister ernannten Ramsan Kadyrow als Sieger hervorgegangen war, hat die EU dennoch Bedenken geäußert. Wahlbeobachtungen hatten auf Grund der Sicherheitslage nicht stattgefunden. Die EU hatte Russland mehrfach aufgefordert, alles in seinen Kräften Stehende zu tun,

um einen wirklichen politischen Prozess zu fördern und seine Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie OSZE und Europarat zu intensivieren. Moskau lehnte dies ab. Trotzdem sollen die Unterstützungszahlungen der EU weitergehen. Im Mai dieses Jahres wurde ein Programm über 20 Millionen Euro verabschiedet, mit dem die EU von humanitärer



Marktfrauen in der vom Krieg zerstörten tschetschenischen Hauptstadt Grozny.

Hilfe im Nordkaukasus zu einem Programm für die Entwicklung dieser Region übergeht. Damit sollen Gesundheits- und Bildungswesen finanziert werden sowie Mikrokredite für die Bevölkerung ermöglicht werden. Das Engagement der EU sei wichtig, um im Nordkaukasus eine Stimme zu haben, erklärte Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner und fügte an: „Es geht auch um die Vermittlung von Know-how und darum, zu zeigen, was man mit Geld machen kann.“

Mit EU-Geldern gefördert wird unter anderem die russische Organisation „Focus Media“. Sie soll die Arbeit der unterschiedlichen internationalen Hilfsorgani-

sationen, lokalen sozialen Institutionen und privaten Initiativen in den beiden Problemregionen Tschetschenien und Inguschetien erleichtern und organisieren. Hierzu wird ein Wettbewerb ausgeschrieben, bei dem sich soziale Initiativen, Aktivisten und auch Bürger bewerben können. Wichtig ist, dass die Organisationen politisch neutral und nicht kommerzieller Art sind. „Wir wollen Hilfe zur Selbsthilfe leisten und die Initiativen dazu bringen, auf eigenen Füßen zu stehen“, so Jewgenia Alekssejewa, Direktorin der Stiftung Focus Media. Die Problematik der bereits vor Ort agierenden Initiativen besteht darin, dass sie entweder staatlich oder

existenz Focus Media abschaffen will. Den real existierenden Nichtregierungsorganisationen legen die öffentlichen Behörden zwar keine Steine in den Weg, doch fühlen sich diese nicht als vollwertige Partner der Regierung ernst genommen. Ein weiteres Problem der Organisationen vor Ort ist mangelndes Know-how für den Erwerb von Spendengeldern, Eigenfinanzierung, Öffentlichkeitsarbeit und Transparenz durchgeführter Projekte. Focus Media will dem entgegenwirken. Hierzu durchlaufen die ausgewählten Bewerber verschiedene Blocks, die nach Angaben Alekssejewas unter anderem ein Training in Kommunikation und Finanzierung vorsehen. „Die Organisationen müssen ihre ‚Hausaufgaben‘ machen und zeigen, dass bei unserer Arbeit mit ihnen auch etwas herauskommt!“ Die dann von den Organisationen durchgeführten Tätigkeiten umfassen Maßnahmen für die medizinische Grundversorgung, die Gesundheitsfürsorge für Mutter und Kind, die chirurgische und traumatische Behandlung, die Rehabilitation von Kriegsversehrten und Behinderten sowie die schulische und berufliche Bildung.

Auch der russische Staat scheint die Notwendigkeit erkannt zu haben, Geld für die Entwicklung der Region zur Verfügung zu stellen, will er den Konflikt lösen. 700 Millionen Rubel sollen in diesem Jahr für den Wiederaufbau von Grozny bereitgestellt werden. Die finanziellen Mittel zur allgemeinen Unterstützung des Nordkaukasus wurden von den ursprünglich geplanten 4,4 auf rund acht Billionen Rubel erhöht. Die Verteilung der Gelder gestaltete sich nach Aussagen von Hilfsorganisationen bisher jedoch problematisch und wurde oft schlecht organisiert. Vielleicht kann die Verwendung der EU-Gelder hier ja ein Vorbild sein. „Die EU und Russland haben ein gemeinsames Interesse an Stabilität im Nordkaukasus“, so Lotte Leicht von Human Rights Watch, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzt. Der Weg bis dahin dürfte jedoch noch weiter sein als derjenige zu einer stabilen humanitären Lage im Krisengebiet.

international finanziert werden und somit abhängig sind. Ziel ist jedoch die Entwicklung einer autonomen Zivilgesellschaft. „Es ist schließlich ein wesentlicher Unterschied, ob eine Gesellschaft von oben oder von unten organisiert wird“, so Alekssejewa.

In Tschetschenien sind derzeit zwar 300 Hilfsorganisationen gemeldet, effektive Arbeit leisten jedoch lediglich 30 von ihnen. „Tote Seelen“ wie sie Alexander Borowych vom Institut für Öffentliche Entwicklung nennt, deren Schein-

Angstmacher auf Stimmenfang

Eine erneute Nato-Erweiterung nach Osten spielt den Nationalisten in die Hände

Fortsetzung von Seite 1

„Wir leben in einer Phase der Transformation, das macht den Leuten Angst“, erklärt die Leiterin des Informationsbüros der Nato in Moskau, Isabelle François, das Phänomen. Die antiwestliche Rhetorik tauche jedes Mal auf, wenn man unterschiedlicher Meinung sei. Diese könne das Verhältnis zwischen der Nato und Russland aber nicht beeinträchtigen: „Wir haben eine reife Beziehung, die durch gemeinsame Institutionen getragen wird und nicht von einzelnen Personen oder momentanen politischen Wetterlagen abhängt“, betont François.

Nach dem 11. September 2001 haben das transatlantische Verteidigungsbündnis und Moskau ihre Kooperation intensiviert. Im Rahmen des Nato-Russland-Rates findet ein kontinuierlicher Austausch statt. Und die Zusammenarbeit erstreckt sich mittlerweile von der Bekämpfung des Terrorismus über Raketenabwehr und Krisenmanagement bis zur Reformierung der Streitkräfte. Diese Kooperation wird heute in Russland von 58 Prozent der Bevölkerung gut geheißen. 2002 befürworteten diese lediglich 25 Prozent. Allerdings handelt es sich laut

der WZIOM-Studie um eine rein pragmatische Beziehung, die ausschließlich dem gegenseitigen Nutzen dient und eine Konfrontation verhindern soll.

„Es gibt immer noch einen Mangel an Vertrauen“, betont Polikanow. Diesen zu beheben, ist äußerst schwierig, wie auch die Informationstour der Nato gezeigt hat. „Die überwiegende Mehrheit ist der Meinung, gut über die Nato informiert zu sein, und ist deshalb nicht daran interessiert, mehr darüber zu erfahren“, heißt es in der WZIOM-Studie.

Es stellt sich die Frage, wie eine solche Öffentlichkeitsarbeit der Nato zur Vertrauensbildung beitragen kann, wenn die große Politik ihr diametral entgegenläuft. Wenn etwa Präsident Putin vom „Genossen Wolf“ fabuliert, der „frisst ohne zuzuhören“. Oder wenn wie Mitte Juni der russische Kommunistenführer Sjuganow in die Ukraine reist, um an Anti-Nato-Demonstrationen teilzunehmen.

Die Ukraine ist ein gutes Beispiel dafür, wie antiwestliche Rhetorik zum Stimmenfang missbraucht wird. Mitte Juni organisierte der Oppositionsführer Viktor Janukowitsch und seine Partei der Regionen sowie die Kommunisten auf der Krim Demonstrationen gegen die Ankunft

amerikanischer Soldaten zur Vorbereitung des alljährlichen gemeinsamen Manövers „Meeresbrise“. Die US-Militärs mussten schließlich wieder abziehen. Seit seiner Niederlage bei den Präsidentenwahlen hat sich Janukowitsch, der eigentlich Kutschmas Erbe hätte antreten sollen, den Kampf gegen einen Nato-Beitritt der Ukraine auf die Fahne geschrieben. Dabei arbeitete die ukrainische Regierung genau wie heute auch unter dem ehemaligen Präsidenten Kutschma auf einen Nato-Beitritt hin. Das Thema kommt bei den Wählern gut an: Mit über 30 Prozent der Stimmen gewann Janukowitschs Partei im März die Parlamentswahlen. Waren 2000 nur 33,5 Prozent der ukrainischen Bevölkerung gegen einen Nato-Beitritt, sind es heute 64,4 Prozent.

Die Ereignisse auf der Krim nutzten auch russische Parlamentarier, um gegen den „aggressiven militärischen Block“ zu wettern. Allerdings warteten auch angesehene Experten vor negativen russischen Reaktionen im Falle eines ukrainischen Nato-Beitritts. „Ich warne davor, schlafende Hunde zu wecken“, sagte der Politologe Dmitrij Trenin vom Carnegie-Zentrum kürzlich auf einer Tagung in Wien und fügte an: „Ein Beitritt der Ukraine zur

Nato würde Russlands Nationalisten noch mehr anstacheln und hätte massive Einmischungsversuche Moskaus in die ukrainische Politik zur Folge. Bilateral scheinbar gelöste Streitfragen wie die Zugehörigkeit der Halbinsel Krim könnten wieder voll ausbrechen.“ Alexej Arbatow vom Moskauer Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen ist der Ansicht, dass eine weitere Ausdehnung der Nato nach Osten „ein historischer Fehler des Westens“ wäre.

Ob das transatlantische Bündnis diese Warnungen ernst nimmt, wird sich wohl diesen Herbst beim Nato-Gipfel in Riga zeigen. Die USA planten zu diesem Termin, der Ukraine einen Aktionsplan für einen Beitritt bis 2008 anzubieten. Die französische Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie plädierte Ende Mai in ihrer Rede vor dem Nato-Parlament für eine vorsichtige Politik: „In Riga müssen wir Acht geben, damit wir uns nicht als eine für die weltweite Verbreitung von Demokratie verantwortliche Organisation, in Opposition zum Mittleren Osten, China und Russland präsentieren. Das wäre kontraproduktiv und könnte zu einem Zusammenstoß der Zivilisationen führen, was wir eigentlich verhindern wollen.“